

**Dr. Tomas Bauer**

Fraktionsvorsitzender

4. Juni 2018

**Zum offenen Brief „Kennzeichen christlicher und sozialer Politik“**

von P. Dr. Jörg Alt SJ, Pfr. Burkhard Hose, Dr. Beatrice v. Weizsäcker,

In einem offenen Brief verkünden kirchliche Amtsträger, was aus ihrer Sicht „Kennzeichen christlicher und sozialer Politik“ seien. Aus dieser Position appellieren sie u. a. an mich als CSU-Mitglied, „den aktuellen Kurs (meiner Partei?) zu korrigieren“. Schon dieses Wort „korrigieren“ zeigt: Die Unterzeichner meinen, es besser zu wissen. Ihr Text lässt daran allerdings zweifeln.

In keiner Zeile versuchen die Autoren nachzuweisen, warum sich gerade ihre „Werte am Evangelium orientieren“. Statt dessen, wie bei mittelalterlichen Leumundszeugnissen, eine Aufzählung der unterzeichnenden Würdenträger, sechsmal so lang wie der Brief selbst. Das beeindruckt vielleicht manchen, überzeugen kann es niemanden.

Der Appell enthält gut gemeinte Binsenwahrheiten, fragliche Annahmen, aber auch intellektuell unredliche Unterstellungen und vor allem sehr viele ungenaue Formulierungen. Bei Letzteren bleibt offen, ob sie dem pastoralen Ton, mangelnder gedanklicher Präzision oder dem Ziel geschuldet sind, durch nur ungefähre Aussagen Zustimmung zu erschleichen oder Kritik abzuwehren. Zur Orientierung taugt der Appell daher nicht. Auch eine sachliche und damit potentiell friedensstiftende Diskussion ist auf seiner Basis nur schwer möglich. Versuchen wir es dennoch!

Ausgangspunkt des Briefes ist die Befürchtung, der Streit über die Merkmale einer christlichen und sozialen Politik könne sich verschärfen. Aber: Warum sollte ein solcher Streit zu fürchten sein? Den – nebenbei – der offene Brief selbst schürt. Über

.....  
**CSU-Stadtratsfraktion Olching**

Vorsitzender: Dr. Tomas Bauer

Stellvertreter: Maximilian Gigl, Josef Neumaier

fraktion@csu-olching.de, www.csu-olching.de

Merkmale und Ziele politischer Richtungen zu diskutieren, ist kein Horrendum, sondern Kernelement einer freiheitlichen Demokratie. Niemand, auch keine Ansammlung von Theologen und Ordensoberen, darf für sich in Anspruch nehmen, allein die Merkmale einer richtigen Politik zu definieren. Das gilt erst recht für eine Politik, deren Werte sich am Evangelium orientieren. Die Evangelien äußern sich nämlich z. B. über die Steuerprogression „zur Erzielung einer angemessenen Besteuerung nach Leistungsfähigkeit“ ebenso vage wie die Apostelbriefe zum angemessenen Tarif einer Erbschaftsteuer „zur Armutsverringering“.

Die Kernforderung des offenen Briefes, christliche und soziale Politik habe sich an den Realitäten einer zunehmend globalisierten Welt zu orientieren, ist banal. Der Textzusammenhang suggeriert aber, dass CSU und bayerische Staatsregierung, deren Politik ja korrigiert werden müsse, genau das nicht täten. Für diese Unterstellung fehlt (natürlich) jeder Nachweis.

Welches Politikverständnis steht hinter der Meinung, es sei Kennzeichen christlicher Politik, den Bürgern die Realitäten der Welt zu vermitteln? Ist das nicht eher die Aufgabe der Bildungseinrichtungen, der Medien und die der Bürger selbst? Realitäten werden, je komplexer umso offenkundiger, unterschiedlich gesehen und deshalb ebenso verschieden vermittelt. Wobei jede Vermittlung eine Interpretation einschließt. Deshalb ist in einer freiheitlichen Demokratie die Realitätsvermittlung bzw. Information in erster Linie der Gesellschaft überlassen und eben nicht Sache der Politik, auch nicht die einer christlichen. Wäre dem so, Nordkoreas totalitärer Kim Jong-un verdiente das Prädikat „allerchristlichster Herrscher“.

Amüsant, wenn christliche Autoren eine „verkürzende Symbolpolitik“ ablehnen. Schließlich sind christliches Leben und Liturgie voll von Symbolen. Sie alle verkürzen die dahinterstehende Botschaft. Verkürzende Symbole abzulehnen ist daher ein logischer Widerspruch in sich.

Politik müsse, so die Autoren „im Namen(!) gesellschaftlicher Solidarität und sozialen Zusammenhalts betrieben werden“. Wirklich? Christen werden im Namen des dreieinigen Gottes getauft. Der Gottesbezug soll damit zum alles andere beherrschenden Prinzip christlichen Lebens werden. Ein solches Primat kommt weder

der gesellschaftlichen Solidarität noch dem sozialen Zusammenhalt zu. Beides sind politische Ziele, die im Zusammenhang mit aber auch in Konkurrenz zu anderen politischen Zielen stehen. Es ist daher bestenfalls irreführend, Politik „im Namen“ einzelner singulärer Ziele betreiben zu lassen.

„Bayerische und deutsche Politik müssen Folgewirkungen ihres Handelns bedenken.“ Richtig! Das zeichnet die verantwortungsethische Politik der CSU aus. Viele Einlassungen aus dem Kirchenraum z. B. zur Flüchtlingspolitik sind im Gegensatz dazu von einer obsessiven Gesinnungsethik getrieben, die die Folgen der geforderten Politik nicht bedenkt, sondern „vertrauensvoll in Gottes Hand legt“. Zu den Folgen, die bedacht werden wollen, gehören aber auch die im eigenen Land. Von diesem Land Schaden abzuwehren, haben unsere Politiker geschworen, „so Gott ihnen helfe“.

Der offene Brief appelliert speziell an den bayerischen Ministerpräsidenten, den CSU-Vorsitzenden und an die Parteimitglieder der CSU. In diesem Zusammenhang zu fordern, Abwertungen und Ausgrenzungen anderer Menschen zu vermeiden, insinuiert, dass solche Abwertungen und Ausgrenzungen gerade oder typischerweise bei der CSU passieren. Das ist infam. Diese Infamie hat Methode. Das zeigt etwas später im gleichen Zusammenhang die Forderung, dass der „juristischen Tatsache“(!) Rechnung zu tragen sei, dass die Würde aller Menschen, auch die von Geflüchteten und psychisch Kranken, unantastbar ist.

„Flüchtlingspolitik (müsse) von den Fluchtursachen und nicht von Obergrenzen her gedacht werden“. Wieder eine pastorale Formulierung, deren Schwammigkeit eine rationale Diskussion verhindert. Soll damit das Prinzip „et respice finem!“ außer Kraft gesetzt werden? Oder soll die Wortwahl ein Kernproblem der Einwanderungspolitik verschleiern, dass nämlich keineswegs alle Immigranten Flüchtlinge sind? Oder verbirgt sich dahinter die Forderung, das Bleiberecht der Immigranten auf die wirklich Asylberechtigten zu beschränken?

Schutzsuchende, so der offene Brief, dürften nicht in Krisengebiete abgeschoben werden. Die Forderung klingt human, ist in ihrer Undifferenziertheit aber entweder unerfüllbar oder so nicht gemeint. Denn Krisen, Kriegskrisen, Wirtschaftskrisen, Finanzkrisen, Regierungskrisen und Umweltkrisen gibt es praktisch überall.

Verallgemeinerungen wie „der Islam gehört nicht zu Deutschland“ seien durch differenzierende Aussagen zu ersetzen, fordert der offene Brief. Tatsächlich sind zahlreiche differenzierende Stellungnahmen schon längst veröffentlicht, unter anderen vom Parteivorsitzender der CSU wie von deren Generalsekretär. Diese Aussagen zu ignorieren und dann ihr Fehlen zu kritisieren, ist unaufrichtig, ungerecht und keineswegs christlich.

Die Autoren des Appells „sind dafür, dass die Freiheit weniger durch die Abwesenheit von Sicherheit gefährdet wird als durch die Abwesenheit von Gerechtigkeit“. Eine nur scheinbar nachdenkliche, in Wirklichkeit kuriose Alternative in der mittlerweile gewohnten Vieldeutigkeit! Ist es Kennzeichen christlicher Politik, die Polizei zu reduzieren und die Gerichte zu vergrößern?

Die letzte Forderung des offenen Briefes, Bayern solle zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Modellregion gestaltet werden, widerspricht dem Schlussappell, den aktuellen Kurs der CSU zu korrigieren. Denn auch diese Ziele verfolgt die CSU, und zwar mit Erfolg! In welchem Land Mitteleuropas geht es sozialer, gerechter, sicherer und ökologisch nachhaltiger zu als bei uns in Bayern?

Wir werden daher unsere Politik nicht korrigieren, sondern entsprechend den Realitäten einer zunehmend globalisierten Welt weiterentwickeln. Als Christen!

*T. Bauer*